



Die Corona-Krise: Hilfe für wen? Für die Bevölkerung oder den Profit?

Die Zunahme von Erkrankungen aufgrund des Corona-Virus COVID-19 weltweit und auch in der BRD ist besorgniserregend. Das öffentliche Leben steht still. Die Tafel in Minden wurde geschlossen; von ihr aber sind zunehmend Familien mit Kindern und alte Menschen abhängig. Leichter Kurzarbeitergeld zu bekommen, ist nur eine Erleichterung für Vollzeitbeschäftigte. Die vielen prekär Beschäftigten, die Menschen mit Niedriglöhnen, die Solo-Selbständigen und Scheinselbständigen, die Minijobber und die Rentner, die ihre karge Rente mit kleinen Jobs aufbessern müssen – all jene, die ohnehin schon Probleme haben, über die Runden zu kommen, was ist mit ihnen? Die Künstler, die keine Auftritte mehr haben?

Eltern mit Kindern stehen angesichts der sicher sinnvollen Schließungen von Kindergärten und Schulen ohne Lohnfortzahlung da und sind gezwungen, Urlaub oder unbezahlten Urlaub zu nehmen. Prekär Beschäftigte verlieren ihre Arbeitsplätze und können ihre Mieten nicht mehr zahlen. Kleine Selbständige stehen vor der Pleite.

Die Sorge der herrschenden Klasse kreist um anderes: Aus den Lautsprechern der Unternehmerverbände war schnell die

Forderung nach Steuererlässen und Finanzhilfen des Staates zu hören. Und plötzlich ist für sie Geld ohne Ende da. 500 Milliarden werden für die Sicherung deutscher Konzerne zur Verfügung ge-



stellt. Mit Kurzarbeit übernehmen die öffentlichen Kassen die Gehaltszahlungen von Unternehmen, private Banken dürfen

ohne Ende an Krediten verdienen, die Risiken tragen nicht sie, sondern der Steuerzahler. Die Milliardengewinne und die vorhandenen Rücklagen der Konzerne in Billionenhöhe bleiben dabei unangestastet.

Die Corona-Krise soll missbraucht werden, um egoistische Profit- und Machtinteressen durchzusetzen. Das gilt auch für Versuche, Notstandsgesetze oder Teile davon über die aktuell notwendigen Einschränkungen hinaus im Alltag zu verankern oder die Bundeswehr im Inneren einzusetzen. All das muss zurückgewiesen werden.

Merkel, Spahn und Co. machen sich angeblich Sorgen um die Kapazitäten des Gesundheitssystems. Aber sie waren es, die das Gesundheitssystem in ein Mittel der Gewinnmaximierung für „Investoren“ verwandelt haben. Der Konzern Fresenius konnte damit im Jahr 2018 einen Gewinn von 1,81 Milliarden Euro machen und die ohnehin Reichen noch reicher machen.

Unsere Solidarität gilt den Beschäftigten im Gesundheitswesen, die die Misere nun ausbaden und Höchstleistungen erbringen müssen, um den Menschen zu helfen.

Fortsetzung nächste Seite

Krankenhausabbau stoppen!

Die Landesregierung NRW will Krankenhäuser schließen. Das MT berichtete am 30. Januar darüber. Diese Planungen liegen ganz auf der Linie des Konzepts der Mühlenkreiskliniken, die im vergangenen Jahr nach erheblichem Protest zurückgezogen werden mussten. Konzentration heißt die Devise.

Die Großanbieter der Gesundheitswirtschaft wollen von den bundesweit noch 1900 Krankenhäusern nur noch 330 Superkliniken übrig lassen. Diesen Wünschen, auch von der Bertelsmann-Stiftung beworben, will die Landesregierung

folgen. Bereits in diesem Jahr sollen Landesmittel für die „freiwillige“ Schließung von regionalen Krankenhäusern und von akutstationärer Versorgung ausgegeben werden. Vor dem Hintergrund der Corona-Epidemie zeigt sich der Wahnsinn solcher Pläne.

Dem Gesundheitssystem droht schon jetzt der Kollaps

In Deutschland hat der neoliberale Umbau des Gesundheitswesens in ein kommerzielles System, die Finanzierung nach den sog. »Fallpauschalen« und der Abbau

angeblicher »Überkapazitäten« zu einer Unterversorgung schon im »Normalzustand« geführt. In den Krankenhäusern fehlen Ärzte und Ärztinnen und Pflegepersonal.

Wenn die Geschwindigkeit der Ausbreitung des Virus nicht gebremst wird, dann drohen Zustände wie in italienischen Krankenhäusern. Die aktuelle Hauptgefahr besteht darin, dass ein rasanter Anstieg der Krankheitsfälle das Gesundheitssystem zum Kollaps bringen würde.

Der „Krankenhausplan NRW 2020“ gehört in die Tonne! **Wir brauchen den ortsnahen Ausbau eines öffentlichen Gesundheitssystems, das frei von Gewinninteressen ist.** ★

Die Maßnahmen, die von Bundes- und Landesregierung ergriffen werden, sind keineswegs angemessen, sondern erfolgen zugunsten des Monopolkapitals zu Lasten der lohnabhängig Beschäftigten und der Werktätigen insgesamt.

Wir fordern aktuell:

- **Volle Lohnfortzahlung oder Ersatz des Verdienstaustauschs** für alle abhängig Beschäftigten und sonstigen Werktätigen, die aufgrund des Corona-Virus ihre Einnahmen verlieren, sei es aufgrund von Betreuung von Kindern oder anderen Angehörigen, Erkrankung, Quarantäne, chronischen Erkrankungen oder Betriebsschließungen.
- Sinnvolle Maßnahmen wie die Ausweitung der Telearbeit dürfen **nicht zum Abbau von Schutzregelungen** und zu entgrenzter Arbeitszeit führen.
- **Sofortiger Ausbau des Gesundheitswesens**, Personalaufstockung und Kontrolle der Pharmaindustrie
- Die **Kosten für die Bekämpfung der Pandemie sind durch die Gewinne der Konzerne zu**

tragen sowie durch eine **massive Kürzung der Rüstungsausgaben**.

Lassen wir uns nicht einlullen vom Gerede der Herrschenden und Regierenden, dass „wir zusammenstehen müssen“. Nach wie vor gilt: Die Interessen der Banken und Konzerne und die Interessen der Werktätigen bleiben verschieden.

Die Pandemie zeigt, dass der Kapitalismus nicht in der Lage ist, die grundlegenden Probleme der Menschen zu lösen. Die Staaten der EU verbieten die Ausfuhr von medizinischem Zubehör und Gerät und lassen damit die ärmeren Länder dieser angeblichen „Wertegemeinschaft“ alleine.

Wie es anders geht zeigen derzeit China und Kuba. In beiden Ländern wurden erhebliche Mittel in das Gesundheitssystem investiert. China und Kuba helfen unter anderem in Venezuela und Italien mit medizinischen Geräten und Spezialisten – das ist konkrete Solidarität.

Wir brauchen die Solidarität der Werktätigen auf allen Ebenen, von der internationalen Solidarität bis hin zur Solidarität und gegenseitigen Unterstützung im Stadtteil. Lassen wir uns nicht gegeneinander ausspielen, kämpfen wir gemeinsam für unsere Rechte! ★



Solidarität statt Egoismus

Seuchen wie Tuberkulose und Malaria sind Krankheiten, die randständige Bevölkerungsgruppen in den Slums der Armen heimsuchen und die die globale Wirtschaft und die Einnahmequellen der »Elite« nicht bedrohen. Sie sind kaum eine Meldung wert und die Pharmaindustrie sieht in der Entwicklung von Medikamenten unzureichende Gewinnmöglichkeiten und vernachlässigt das deshalb.

Anders ist die Reaktion auf Corona. Ein Virus, das blitzschnell in die kapitalistischen Zentren übersprungen ist und die Grundlagen der globalen Wirtschafts-

ströme, die Schlagadern des globalen Kapitalismus bedroht und die Verwundbarkeit der globalisierten Lieferketten zeigt.

Solidarität, weltweite gegenseitige Hilfe zur Bekämpfung der Pandemie wäre das Gebot der Stunde.

Doch die kapitalistischen Zentren wie die USA und die EU kennen nur den eigenen Vorteil und sind zur humanitären Hilfe unfähig. Und zwischen den Staaten der EU herrscht dasselbe Motto: Jeder ist sich selbst der Nächste.

Corona verweist uns darauf, welche Ver-

Das Virus trifft auf eine kranke Weltwirtschaft

An den Finanzmärkten hat die Coronapandemie eine Panik ausgelöst. Die Aktienmärkte sind innerhalb von Wochen um bis zu 30 Prozent eingebrochen.

Das Virus trifft auf eine schwächelnde Weltwirtschaft. Schon vor der Pandemie verlangsamte sich die Wirtschaftstätigkeit in den meisten großen kapitalistischen Volkswirtschaften.

Wochenlange Produktionsausfälle lassen das auf uferloses Wachstum geeichte System in eine tiefe Krise stürzen.

Das Virus ist nur der Auslöser, der alle zuvor angesammelten Probleme an die Oberfläche und zum Ausbruch bringt.

Mit der Wiedereinführung einer **Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre**, einer **Vermögensabgabe für Superreiche** und **radikalen Rüstungskürzungen** müssen die Mittel beschafft werden, um mit öffentlichen Investitionen für Klima, Wohnen, Soziales und Gesundheit die Krise zu bewältigen. Ohne dem werden wir wie gewohnt zur Kasse gebeten. ★



www.abruesten.jetzt

wüstungen die kapitalistische Produktionsweise im Feld der Gesundheit, der Gesellschaft und der öffentlichen Infrastruktur angerichtet hat.

Wir engagieren uns für nachhaltige und humanistische Lösungen. Deshalb sind wir für die Überwindung des kapitalistischen Systems. Weil es zerstört und die Menschheit in immer neue Krisen mit immer größeren Gefahren stürzt. ★



Herausgeber: DKP Minden, V.i.S.d.P.:
R. Liebau, Hardenbergstr. 23, 32427 Minden

